

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M., im voraus zahlbar. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland und Österreich 18.— M., für das übrige Ausland 24,50 M., postfrei. Preis für Deutschland und Österreich 34.— Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Dreieckstraße 5-6.

Die achtspaltige Annoncenzeile über deren Raum kostet 5.— M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleiner Anzeigen: Das festschriebene Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M., netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festschriebene Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

In Erwartung neuer Vorschläge

Jetzt keine Prestigefragen!

Aus der gestrigen Erklärung von Lloyd George im englischen Unterhaus geht hervor, daß sich die englische Regierung von den deutschen Vorschlägen in keiner Weise befriedigt fühlt. Aus einer neuen Neutermeldung erkennt man, daß sich diese Unbefriedigung auch auf die Ergänzungen und Erläuterungen bezieht, die die deutsche Regierung dem britischen Gesandten in Berlin mitgegeben hat. Insbesondere sind es die Jahreszahlungen, die sich nach der Auffassung der Alliierten über eine viel zu lange Zeit hinaus erstrecken und sich allzusehr von der Frist entfernen, die die Alliierten festgesetzt haben. Auch die von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Diskontsätze erscheinen den Alliierten nicht als annehmbar. Briand hat in seiner neuesten Erklärung an die Vertreter der amerikanischen Presse allerdings das Hauptgewicht darauf gelegt, daß Deutschland bisher noch nicht abgerüstet habe, und daß der deutsche Militarismus immer noch eine Gefahr für Frankreich darstelle.

So ist die Lage außerordentlich ungünstig und die Anregung des diplomatischen Mitarbeiters des „Daily Telegraph“, daß die deutsche Regierung zur morgigen Sitzung des Obersten Rates direkt nach London ein neues Angebot schicken solle, kann nur so verstanden werden, daß die deutsche Regierung aus ihren Vorschlägen jetzt endlich jede Unklarheit und jeden Zweifel an der Aufrichtigkeit Deutschlands beseitigt.

Wir haben unsere Befürchtungen sofort ausgesprochen, daß die Haltung der deutschen Regierung den Verlauf der ganzen Aktion ungünstig beeinflussen müsse. Das Auswärtige Amt ist aus der Besprechung mit dem englischen Botschafter darüber unterrichtet, welche Grundlage für eine Verständigung mit den Alliierten in Betracht kommt. Die Auffassung, die Herrmann Müller in die Worte gekleidet hat: daß die Differenz zwischen dem deutschen Angebot und dem der Alliierten so gering ist, daß es sich nur noch um Prestigefragen handelt, ist durchaus richtig. Von der deutschen Regierung muß jedenfalls jetzt verlangt werden, daß sie Fragen des Prestiges nicht mehr gelten läßt und daß sie auch an früheren Erklärungen, die durch die Entwicklung der Lage längst überholt sind, nicht festhält.

Der schlechte Eindruck in England

London, 29. April.

Neuter erzählt bei einer Anstache in maßgebenden britischen Kreisen, daß die Auslegung, die infolge britischer Rückfragen bezüglich der deutschen Note an die Vereinigten Staaten gegeben wurde, einen sehr schlechten Eindruck hervorgerufen habe. Ansehend führen die Deutschen diese Vorschläge nur als Anregungen an, eine Tatsache, die wahrscheinlich in gewissem Maße ihre Unklarheit erklären kann. Bisher liegt keine Mitteilung bezüglich des Diskontsatzes vor, während die Annuitäten, in denen Deutschland zu zahlen gewillt ist, sich auf 70 oder 80 Jahre zu erstrecken scheinen. Die unbefriedigende Natur der Antwort in einem so wichtigen Punkte habe notwendigerweise mangels genügender Aufklärungen zu zahlreichen ungünstigen Bemerkungen Veranlassung gegeben. Es wird zugegeben, daß gewisse Klauseln des neuen Angebotes in der Wiederherstellung Frankreichs oder der Bereitwilligkeit, die alliierten Schulden zu übernehmen, einen Fortschritt gegen die früheren deutschen Angebote darstellen. Solange die deutschen Vorschläge mit Bezug auf vitale Teile unklar bleiben, sei es äußerst unwahrscheinlich, daß sie als Grundlage einer Erörterung angesehen werden können. — Nach britischer Ansicht ist es zweifelhaft (es sei denn, daß irgendein praktischer Vorschlag in einer verhältnismäßig kurzen Zeit unterbreitet wird), daß irgendeine befriedigende Entwicklung erhofft werden kann. Was die Wirkung der Ereignisse der letzten Tage auf das bevorstehende Zusammenreffen des Obersten Rates anbetrifft, so wird darauf hingewiesen, daß angesichts dessen, daß die alliierten keine offizielle Anzeige werden von Seiten Deutschlands noch von Seiten der Vereinigten Staaten besitzen, es sehr unwahrscheinlich ist, daß die Vorschläge im Rate der Alliierten erörtert werden. Dessen Aufgabe wird es nur sein, zu entscheiden, welche Aktion im Hinblick auf die Nichterfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen getroffen werden soll.

Deutschland soll ein neues Angebot machen

London, 29. April.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, die Rettung für Deutschland liege nur darin, daß es zur morgigen Sitzung des Obersten Rates direkt nach London ein neues aufrechtiges und annehmbares Angebot schicke, daß eine Klarstellung und Ergänzung der in Washington unterbreiteten Vorschläge bedeutet. Das Washingtoner Angebot werde von verschiedenen amtlichen Kreisen als ein Fortschritt gegenüber dem früheren deutschen

Vorschläge angesehen, da sich Deutschland darin bereit erklärt, die Entscheidung einer internationalen Konferenz oder der amerikanischen Regierung anzunehmen.

„Daily Telegraph“ meldet aus New York, in Amerika sei man allgemein der Ansicht, daß es Hughes gelingen würde, Deutschland zu beeinflussen, sein Reparationsangebot in einem für die Alliierten befriedigendem Sinne abzuändern.

Bisher kein Meinungsaustausch zwischen Berlin und Washington

W. Washington, 29. April.

Amtlich wird bekanntgegeben, daß seit dem Empfang der deutschen Note kein Meinungsaustausch zwischen Berlin und Washington stattgefunden hat.

Eine neue Erklärung Briands

C.E. Paris, 29. April.

Der Ministerpräsident Briand empfing gestern die Vertreter der amerikanischen Presse und erklärte, daß er die Ueberzeugung habe, daß alle Alliierten Frankreich moralisch unterstützen würden, um jene Maßnahmen zu ergreifen, die durch die Haltung Deutschlands notwendig werden würden. Deutschland erfüllt nicht nur nicht seine Reparationspflichten, es weigert sich auch, zu entwaffnen und die Schuldigen vor ein Gericht zu stellen. Frankreich wird bei den Beratungen des Obersten Rates keine materielle Hilfe von Großbritannien verlangen, sondern nur erbitten, daß dieses seine Sympathien den Vorgesetzten, die Frankreich beschloßen hat und die in einem Vormarsch in das Ruhegebiet bestehen, zuteil werden ließe. Die deutschen Vorschläge bezeichnet Briand als unannehmbar, in Hinsicht auf deren Natur, als auch auf die Bedingungen unter denen es gemacht wurde. Wenn es Deutschland darum zu tun gewesen wäre, seinen Verpflichtungen nachzukommen, so wäre ihm genug Gelegenheit belassen worden, um diese Angebote rechtzeitig zu machen. Aber daß Deutschland sich eines Vermittlers bedient und bis zur letzten Minute wartete, ist verdächtig. Deutschland hoffe zweifellos, weitere Zeit zu gewinnen, damit die französische öffentliche Meinung die Geduld verliere und vielleicht eine Spaltung unter den Alliierten entstehen könnte. Aber dadurch hat sich Frankreich nicht täuschen lassen. Wenn die deutsche Regierung frei handeln könnte, und nicht von den reaktionären und imperialistischen Interessen beherrscht würde, wäre die Lage eine ganz andere.

Die wichtigste Angelegenheit, sagte Briand, ist nunmehr die Reparationsfrage. Es ist dies eine Angelegenheit aller Alliierten und im besonderen die wichtigste Frage für die Sicherheit Frankreichs. Frankreich und Deutschland haben eine gemeinsame Grenze, eine sehr schwache Grenze. Frankreich steht immer Deutschland gegenüber und es kann nur auf eine Weise sich Sicherheiten verschaffen, indem es Deutschland entwaffnet. Deutschland hat den Friedensvertrag unterschrieben, der es zur Entwaffnung verpflichtet. Bisher aber hat Deutschland immer versucht, sich diesen Verpflichtungen zu entziehen. Sobald man Deutschland eine neue Frist gewährt hätte, habe es diese nur dazu ausgenutzt, um sich weiterhin seinen Pflichten zu entziehen. Das rechtfertigt die Maßnahmen, die man ergreifen wird. Wenn man das in Aussicht genommene Gebiet besetzt hat, dann wird man ein wichtiges und wirksames Pfand in der Hand haben. Man wird den Mittelpunkt des imperialistischen und reaktionären Deutschlands, den Mittelpunkt seiner Hochfinanz und seiner Milliarden damit beseitigen. Briand behauert, daß Amerika an den Beratungen des Obersten Rates nicht teilnimmt und hofft, daß es zu den Sitzungen wieder erscheinen wird, da dadurch viele Schwierigkeiten beseitigt werden könnten.

Die neue Aktion gegen Deutschland

London, 28. April.

Im Unterhause wiederholte Chamberlain noch einmal, daß am nächsten Donnerstag bei der Beratung des Budgets des Auswärtigen die Frage einer neuen Aktion gegen Deutschland zur Erörterung kommen werde. Kennwortly bemerkte, während die Debatte erst am Donnerstag stattfinden sollte, hätten die Franzosen bereits angekündigt, sie beabsichtigen am Sonntag loszumarschieren. Chamberlain erwiderte, wenn die französische Regierung auf eigene Verantwortung hin vorgehen wollte, so würde dies durch eine Diskussion im Unterhause nicht verhindert werden.

Die Rüstungen der französischen Regierung

Paris, 29. April.

Wie „Petit Parisien“ meldet, hat sich der Ministerpräsident gestern mit der Frage der Einberufung der Jahresklasse 1919 beschäftigt. Das Mobilisierungsdekret werde nicht bekanntgegeben vor beendeter Tagung des Obersten Rates.

Die indische Volkszählung. Nach den Ergebnissen der neuen indischen Volkszählung hat sich die Bevölkerung Britisch-Indiens, einschließlich der Eingeborenenstaaten, seit 1911 von 315 auf 319 Millionen, also um 1,27 Prozent vermehrt.

Dragesch ist Trumpf!

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921, die die Bildung von außerordentlichen Gerichten anordnete, steht in ihrem Schlussparagrafen die Verordnung vom 30. Mai 1920, die sich auf die Bildung von bewaffneten Banden bezog und gegen die Freikorps gerichtet war, außer Kraft. Dieser Schlussparagraf ist in der Öffentlichkeit bisher viel zu wenig beachtet worden, und doch bedeutet er nichts weiter als die Legalisierung der Dragesch. Zwar haben sich die Herren von Escherich bisher wenig um die verschiedensten Drageschverbote bekümmert, wie ja für sie auch das ganze Entwaffnungsgebot einfach nicht existierte. Immerhin wurde durch die bestehenden Verbote erreicht, daß die Dragesch in ihrer Rüstungsarbeit zuweilen gestört wurde und sie nicht in breiter Öffentlichkeit betreiben konnten.

Das ist nunmehr anders geworden. Die Ebert-Verordnung zeigt gerade dazu an, überall bewaffnete Haufen zu bilden und die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages zu durchbrechen. Herr Escherich hat bereits gemerkt, daß ein günstigerer Wind für ihn weht. Vor einigen Tagen fand in Regensburg eine Versammlung statt, an der Führer der Organisation Escherich aus allen Teilen des Reiches teilnahmen. Es wurde eingehend über den weiteren Ausbau der Organisation beraten und die Richtlinien für das Arbeiten in der nächsten Zeit festgelegt. Tatsächlich sehen wir jetzt auch allenthalben neue Drageschverbände ins Leben treten. In Württemberg ist die Einwohnerwehr legalisiert worden, in Oldenburg, das bisher noch keine Dragesch hatte und ohne sie sehr gut ausgekommen ist, hat sich ebenfalls damit abfinden müssen, diese herrliche Schöpfung der Nachkriegszeit in seinem Lande zu beherbergen. Jetzt wird nun von der „Dona“ folgende Meldung verbreitet:

„Die Ministerien in Württemberg und Oldenburg haben den Weiterbestand der Einwohnerwehren unter der Voraussetzung als rechtmäßig erklärt, daß die Waffen der Wehren unter kändiger Obhut der Regierung gehalten werden. Die preussischen Einwohnerwehren haben nunmehr dem Staatsministerium Mitteilung davon gemacht, daß ihre Rekonstitutionierung im Mai erfolgen werde, und zwar auf der gleichen Basis wie in den genannten Ländern.“

Wie die preussische Regierung die Legalisierung der Einwohnerwehr mit dem Friedensvertrag in Einklang bringen will, ist schwer verständlich. Aber es gewinnt den Anschein, als ob dieser Akt zu dem Arbeitsprogramm des Ministerpräsidenten Steyerwald gehöre, der ja eifrig bemüht ist, dem Armeebefehl auszuführen, der ihn bei der Regierungsbildung von deutschnationaler Seite ausgehändigt worden ist. Jedenfalls ist in Preußen die gesamte Reaktion am Werke, den Selbstschußorganisationen neues Leben einzuhauchen, sie stark und kampffähig zu machen und ihre rechtliche Anerkennung bei der Regierung durchzubringen. Geradezu fieberhaft arbeiten die agrarischen Landbünde. Von allen Seiten wird die Regierung bestrebt, dem Lande „verstärkten Schutz“ angedeihen zu lassen. Die neugewählte Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen hat z. B. ein ihm in die Hand geschossen, daß für sämtliche Landwirte die Erlaubnis zum Waffentragen und die Bildung von Betriebs- und Ortswehren erteilt werde.

Inzwischen gehen auch die illegalen Rüstungen in verstärktem Maße weiter. Die nächstlichen Waffenschließungen nehmen überhand, sie sind in der Hauptsache für die Arbeitsgemeinschaften der ehemaligen Freikorps bestimmt, die ja schon das ganze Land mit einem Organisationsnetz überzogen haben. Die Waffenschließungen sind nur möglich unter Mitwirkung militärischer Dienststellen. Es kommen dabei aber nicht nur die unteren Organe in Betracht, sondern nach unserem Wissen soll sich sogar im Reichswehrministerium eine Stelle befinden, der die Aufgabe obliegt, die durch das Entwaffnungsgebot ersetzten Waffen unauffällig den Selbstschußorganisationen zuzuleiten. Auch andere Behörden haben ihre Hände bei diesen dunklen Treibereien in Spiel. Es werden nicht nur Waffen, sondern auch andere Ausrüstungsgegenstände in großen Massen verschoben. So ist uns z. B. von Königsberg aus ein Schriftstück zugeflogen, welches recht deutlich zeigt, daß sich die Dragesch mit Plänen trägt, die weittragende Konsequenzen nach sich ziehen können, wenn der Versuch gemacht werden sollte, sie praktisch umzusetzen. Das Schriftstück lautet:

Vertraulich. Königsberg i. Pr., 22. April 1921.

H. B. St. Zentrale Charlottenburg.

Hiermit bestätige ich mein gestriges Telefonat mit Herrn Generaldirektor Strohmann betreffend Tornisterverkauf an Selbstschußorganisation Eibing, Preussisch-Esiau.

Gleichzeitig bestätige ich Ihr Telegramm: „Alliierte Angebot 20.000 oder mehr alte Tornister mit allen Tragtrommen, Mindestpreis 10,50. Voraussetzung, daß Kreis als Käufer auftritt.“ Ich bemerke, daß diese Selbstschußorganisation aus den Kreisländern der jeweiligen Kreise, sowie aus zahlungsfähigen Gutbesitzern bestehen. Uebernehmen wollen die Herren die Bestellung an Ort und Stelle selbst und auch bezahlen. Als Käufer würde jedoch eine mit einer entsprechenden Bescheinigung des Kreisrats versehene Firma (!!!) auftreten.

Die Angelegenheit bildet zur Zeit infolge ihres Telegramms Gegenstand von Verhandlungen. Der Verband steht auch mit der Reichstreuhandgesellschaft in Verbindung, wie ich herausfinden konnte, sind unsere Preise billiger. Sobald ich weiteres höre, gebe ich Ihnen telegraphisch Bescheid.

Gez. Niemand.

Die A. V. St. (Alt-Leber-Verwertungsgesellschaft) ist eine Aktiengesellschaft, die vom Reich gegründet worden ist und die die Leberbestände der Heeresverwaltung (Tornister, Sättel u. dgl.), zur Herstellung von Schutzzeug für die minderbemittelte Bevölkerung verwerten soll. Sie hält es für zweckdienlicher, die Tornister und anderes Lederzeug an die Selbstschutzorganisationen zu verkaufen. Die in dem Schriftstück gleichfalls genannte Reichstreuhandgesellschaft sammelt in erster Linie Waffen, um sie zu vernichten. Aber es ist schon wiederholt festgestellt worden, daß untergeordnete Organe dieser Gesellschaft die Waffen zum weiteren Gebrauch verschoben haben. Daß die 20 000 Tornister, die die Orgesch in Ostpreußen anfordert, nicht für ein Schützenfest bestimmt sind, ist wohl einleuchtend. Allen Anschein nach spielen in Deutschland wieder gewisse Kreise mit dem Gedanken kriegertätiger Aktionen und es scheint fast so, als ob wir wieder eine Atmosphäre entgegengehen sollten, ähnlich der, wie sie vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages längere Wochen über Deutschland lagerte.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, gewinnen die Rüstungsarbeiten der Orgesch eine erhöhte Bedeutung. In ihrer außenpolitischen Wirkung können diese Treiberereien die Katastrophe, vor der Deutschland steht, nur steigern. Innenpolitisch betrachtet werden durch sie aber die Reime zu neuen Unruhen gelegt. Wenn die Regierung die monarchistischen Geheimverbände der Gegenrevolution duldet, wenn sie ruhig zuseht, daß ihnen von behördlichen Organisationen aus ungestraft Waffen und Ausrüstungsgegenstände zugeschohen werden, wenn sie sich sogar mit dem Gedanken trägt, die Orgesch zu legalisieren, dann fordert sie die Arbeiter geradezu heraus, ihrerseits die entsprechenden Abwehrorganisationen ins Leben zu rufen.

Die Regierung ist demnach der unmittelbare Urheber der sogenannten „Roten Armee“, die ihrem Wesen nach ja nur ein Phantasiegebilde ist, während wir es bei den Selbstschutzorganisationen mit militärischen Formationen zu tun haben, die ein sehr ernstes Ziel verfolgen und es auch durchführen können, da ihnen von allen Seiten die weitgehendste Unterstützung zuteil wird. Die bairische Einwohnerwehr ist allein dreimal so stark wie die Reichswehr. Würde die Orgesch auch in Preußen legalisiert, dann würde die monarchistische Reaktion über eine Stammtruppe verfügen, die der Republik gefährlicher werden könnte, als die wilden Haufen der Freikorps, die im März 1920 mit Lüttwig vergeblich für ein neues Kaiserreich kämpften!

Die Gewissenlosen

Neue Kriegstreiberereien im Gange

In seiner letzten Reichstagsrede hat Genosse Dilmann auf das geradezu gemeingefährliche Treiben amilitärer Kreise im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. und darüber hinaus, bis nach der polnischen Grenze zu, verwiesen. Dort organisierten Staatsbeamte einen neuen Putsch, der sich gegen eventuell einfallende polnische Truppen wenden sollte. Alle Parteien wurden eingeschoben, um eine militärische Organisation zu schaffen. Unsere Genossen wehrten sich gegen die unerhörte Zumutung; auch die rechtssozialistischen Arbeiter lehnten es ab, die wahnsinnige Spielerei mitzumachen.

Als Haupttreiber tritt der Regierungspräsident von Frankfurt, der Rechtssozialist Ludwig Bartels, während des Krieges einer der wildesten unter den reklamierten Schreibern, auf. Dieser hat in den einzelnen Landratsbezirken Zusammenkünfte arrangiert und erklärt, in der Stunde der Gefahr ginge das Vaterland über alles. Die Einwendungen der Arbeiter, daß keine Waffen da seien, seien nicht wichtig; die Waffen seien noch nicht eingeschrotet... Selbst den Hinweis auf das Entwaffnungsgesetz und auf die Gefahr, die dem mit der Waffe in der Hand Betroffenen

Zwischen dröhe, wenn eine militärische Macht einrücke, hielt der Regierungspräsident für unbeachtlich. Sogar Listen sind durch die Landratsämter ausgegeben worden, in die solche Zivilisten eingetragen sollten, die gewillt sind, bei der sogenannten Volkshebung mitzumachen. Es wird versucht, in erster Linie die unabhängigen Anhänger dabei zu gewinnen.

Es ist erstens, daß auch die rechtssozialistischen Arbeiter Stellung gegen ihre eigenen Parteigenossen nehmen, die sich in einem Kampf wahnsinniger Verblendung zu Schrittmachern der monarchistischen Kriegstreiber hergeben. Wie wir schon mitteilten, haben in Waldenburg i. Schlesien, wo eine ähnliche Aktion im Gange war, die Funktionäre der rechtssozialistischen Parteien eine Entschärfung gegen die Kriegstreiberereien angenommen. Die Entschärfung betont mit Recht, daß die feierlichen Bestrebungen lediglich im Interesse reaktionärer und monarchistischer Kreise liegen, die dem überwundenen Militarismus damit wieder in den Sattel verhelfen wollen. In Breslau fand eine Sitzung der Funktionäre der Gewerkschaften, der Betriebsräte und der Vertrauensleute der drei sozialistischen Parteien statt. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates Kuffert berichtete über die bisher getroffenen Maßnahmen und legte dar, daß außenpolitisch damit gar nichts gewonnen werden könnte, wenn Arbeiter vor die Gewehre regulärer Truppen getrieben würden. Weiter sagte er, nach einem Bericht des „Vorwärts“:

„Die Spielereien mit diesem Gedanken wirken überaus ernüchternd. Neben dem Fange Hörsingens die innerpolitische Reaktion haben. Ein außenpolitischer Anlaß zu der ganzen unüberlegten Aktion, die die Grenzüberquerung in unnötige Bewegung versetzt, sei gegenwärtig noch gar nicht vorhanden. Höre dies Spiel mit dem Feuer nicht auf, so würde der Breslauer Arbeiter das Mittel eines Protestgeneralstreiks zur Verfügung haben. Die Arbeiter dürfen nicht daran, sich für einen Unfug mitzumachen, der den Fehler von 1914 noch um ein Vielfaches übertrumpft.“

Die Situation ist also ernster, als es nach den bisherigen Meldungen den Anschein hatte. Wir rufen den Arbeitern zu, die Augen offen zu behalten und bereit zu sein zur Abwehr, wenn die Reaktion es wagen sollte, ihre wahnsinnigen Ideen in Taten umzusetzen. Wieder mit dem Krieg in jeder Form.

Außerordentliche Gerichte und Strafausschub

Ein in Ergänzung der Verordnung über die Außerordentlichen Gerichte unter dem 24. April 1921 ergangener Erlaß des Reichspräsidenten ermächtigt die Außerordentlichen Gerichte, die Vollstreckung von Freiheitsstrafen bis zur Dauer von sechs Monaten unter Bestimmung einer Bewährungsfrist zuzusehen und Freiheitsstrafen nach Ablauf dieser Bewährungsfrist zu erlassen; nach Beendigung der Tätigkeit eines Außerordentlichen Gerichtes kann dieses Recht dem Reichsjustizminister mit Zustimmung der zuständigen Landesjustizverwaltung auf die Außerordentlichen Gerichte übertragen werden. — Zur beschleunigten Durchführung dieses Erlasses hat der Reichsminister der Justiz die erforderlichen Anweisungen an die Vorsitzenden der Außerordentlichen Gerichte gegeben.

Dieser Erlaß kommt reichlich spät. Er ist so unvollkommen, daß die Forderung nach völliger Beseitigung der Ausnahmeorgane um so lauter erhoben werden muß. Der Strafausschub für Strafen bis zur Dauer von 6 Monaten wird nur ganz wenigen Personen zugute kommen, da die meisten Urteile nicht unter einem Jahre Gefängnis lauten. Gewiß, auch für diese Wenigen ist es ein Segen, wenn sie vor den Gefängnismauern bewahrt bleiben. Aber Hunderte und Hunderte sind von den außerordentlichen Gerichten verurteilt worden zu sehr langen Freiheitsstrafen für Vergehen, die vor einem ordentlichen Gericht zweifelsohne mit bedeutend niedrigeren Strafen belegt worden wären. Mit den Strafausschub sollte also nicht die Höhe der Strafe maßgebend sein, sondern die Art des Vergehens. Unbedingt müßte allen denjenigen Personen, die Bewährungsfrist bewilligt werden, die unter dem Zwang der verächtlichsten Aktionsausschüsse gehandelt haben. Das wäre eine Maßnahme, die selbst von der bürgerlichen Justiz erwartet werden könnte, um so mehr, als alle Kappverbrecher — auch die Rädelführer — praktisch außer Verfolgung gesetzt sind. Da sich der Justizminister zu dieser Maß-

nahme nicht aufschwingen kann, muß die Arbeiterklasse unerschrocken gegen die Ausnahmeorgane antreten, bis sie überhaupt beseitigt und die Urteile, soweit sie nicht kriminelle Verbrechen betreffen, aufgehoben werden.

Die neue Fernsprechgebührenordnung

Die neue Fernsprechgebührenordnung ist vom Reichspostministerium fertiggestellt und dem Kabinett zugeleitet worden. Unter Aushebung der bisherigen Pauschalgebühren ist eine Einrichtungsgebühr vorgelesen, eine Gebühr für die Hergabe und Unterhaltung der Leitungen und Apparate und eine Gebühr von 25 Pfennig für die Vermittlung jedes einzelnen Gesprächs. Die Einrichtungsgebühr wird mit 1/3 der wirklichen Kosten für einen Hauptanschluß 200 Mark, für eine Nebenstelle 100 Mark betragen. Die Grundgebühr bleibt bei kleineren Rechnungen, bis zu 100 Anschlüssen unter den Selbstkosten, sie ist gestaffelt in Stufen von je 40 Mark. In Rechnungen über 100 Teilnehmer steigern sich die Grundgebühren um 60 Mark. Die Vermittlungsämter werden mit elektromagnetischen Zählern ausgerüstet. Für Fehler in der Abrechnung werden in Rechnungen bis 1000 Anschlüssen 3 Prozent, bis zu 10 000 Anschlüssen 4 Prozent und darüber 5 Prozent der gezahlten Gebühre nicht berechnet. Wenn ein Teilnehmer auf seinem Apparat in absehbarer und aufkommender Richtung mehr als 16 000 Gespräche jährlich führt, hat die Postverwaltung das Recht, die Anlage eines zweiten Apparates zu fordern, oder im Weigerungsfalle den Anschluß zu kündigen. In allen Verbindungsämtern von 1000 Teilnehmern an wird ein ununterbrochener Dienst eingerichtet. Dafür wird von jedem Anschluß eine Gebühr von 20 Mark erhoben. Die Gebühren für Nachtgespräche werden aufgehoben. Im Vorortverkehr wird innerhalb einer 5-Kilometer-Zone die Gesprächsvermittlung ebenfalls nur 25 Pfennig. Der sogenannte Nachbarortverkehr wird nach den Gebühren des Fernverkehrs berechnet. In dem Fernverkehr wird dafür eine neue Fernzone von 15 Kilometer geschaffen. Im Fernverkehr endlich wird der Tarif für Verbindungen über 100 Kilometer hinaus seiner gestaffelt werden.

Die Berechnungen des Wiederherstellungsausschusses

CC. Paris, 29. April.

Ein Mitglied des Wiederherstellungsausschusses erklärte einem Vertreter des „New Herald“ folgendes:

Die 132 Milliarden sollen in den ersten fünf Jahren mit 2 1/2 Prozent und in den folgenden 25 Jahren mit 5 Prozent verzinst werden. Das ergibt insgesamt 270 Milliarden Goldmark statt der 298 Milliarden, wie sie das Pariser Abkommen in Aussicht nahm, wenn man die 12prozentige Auszubehaltung mit 70 Milliarden berechnet. Die geringere Summe von 132 Milliarden hat die deutschen Vertreter übersehen, die mit 190 Milliarden gerechnet hatten. Aber auch in gewissen ostlierten Kreisen wird die Summe als niedrig bezeichnet. Deutschland wird, da die Summe von 132 Milliarden vorteilhaft erscheint, fordern, daß diese in Kraft bleibe und daß nunmehr der Rückbehalt des Verfallens Betrages erfüllt werde, in dem Deutschland 26 Milliarden zu zahlen versprochen. Weiter wurde dem Vertreter über die Berechnungen der Reparationskommission mitgeteilt, daß der gegenwärtige Wert der Goldmark mit 2.1132 Papierfranken bei den meisten Berechnungen angenommen wurde. Wenn Deutschland jetzt Francs ankaufen würde und diese Papierfranken in amerikanische Dollars nach dem ersten Kurs umsetzte, würde, so hätte es im ganzen 25 877 426 192 Dollars zu zahlen.

Weiter wurde dem Berichterstatter gesagt: Was die Entschädigungsforderungen des Reiches betrifft, wurde dies noch nicht in Betracht gezogen. Dies soll erst später geschehen. Alle möglichen Abzüge für geliefertes und noch zu lieferndes Material wurden abgerechnet. Außerdem wurde den von Deutschland abgetrennten Gebieten ihr Anteil an den Reparationsforderungen aufgerechnet. Die Verteilung hat gemäß dem Abkommen von Spaa nunmehr nach Prozentzahlen zu erfolgen. Dies wird wahrscheinlich auf der nächsten Londoner Konferenz geschehen.

Was Frankreich zuzufallen soll

Paris, 29. April.

Der „Welt Parisien“ berechnet, daß auf Grund des Verteilungsmittels, das die Alliierten untereinander verabredet haben, von 132 Milliarden Goldmark, die die Reparationskommission als die Verpflichtung Deutschlands festgelegt hat, Frankreich 68 Milliarden 840 Millionen Goldmark zufallen. In Papierfranken ausgedrückt, erhalte also Frankreich 228 512 Millionen Franken.

Menschwerdung

Von Alfred Haeckel

Ueber die Gestalten, durch die der Mensch vom lebendigen Eiweißkumpfen des Meeresbodens bis zum Urtierlandläufer hin durch mußte, besteht heute unter den Naturforschern kaum noch Streit; Wurm, Fisch, Molch, Lurch sind die Hauptformen, in denen sich der Aufstieg vollzog. Zwar sehen die unmittelbaren Beweise, aber der „Indigenbeweis“ ist nahezu unantastbar. Da es feststeht, daß das Meer die Urheimat aller Lebewesen ist, da ferner der junge menschliche Keim, wie die Keime aller Wirbeltiere, Kiemenspalten aufweist und schließlich das von Ernst Haeckel aufgestellte biogenetische Grundgesetz, wonach die Entwicklung des Einzelwesens in abgekürzter Form die Stammesgeschichte seiner Art wiederholt, sich ausnahmslos bewährt hat, so kann kaum daran gezweifelt werden, daß der Mensch auf fischartige Urformen zurückblie. Wie aber können aus diesen Landwirbeltiere geworden sein? Die Entdeckung eines merkwürdigen Tieres in Australien hat das Dunkel dieser schwierigen Frage erhellt. Es wird wissenschaftlich Ceratodus genannt und hält die Mitte zwischen einem Fisch und einem Molch. Außerlich gleicht er einem Fisch. Allein in der trockenen Zeit vertritt er sich im Schlamm und atmet nun nicht mehr durch Kiemen, sondern durch die zu einer Art von Lunge ausgestaltete Schwimmblase. Diese primitive Lunge, sowie im Gefolge davon die Form der Nase und des Herzens bringen dieses Tier in die Nähe der Molche. Zeigt die lebendige Natur am Ceratodus, wie der Mensch die Fischhülle gesprengt haben und zum Landbewohner geworden sein kann, so beweist die embryonale Entwicklung des heutigen Menschen, daß er diesen Weg wirklich gegangen ist. Denn das Herz des menschlichen Keimes weist in seinen ersten Zuständen große Ähnlichkeit mit dem Herzen des Fischmolchs auf.

Vom Fischmolch zum Molch und damit zum Landwirbeltier ist nur ein kurzer Schritt. Von den ältesten Landwirbeltieren sind uns keine Knochenreste überliefert. Dagegen hat man von ihnen Fährtenabdrücke gefunden. Eigentümlich müßte man Handabdrücke sagen, denn es sind, wenn auch plump, so doch richtige Menschenhände, die aus jenen Spuren zu erschließen sind. Chirotherien, Handtiere nennt sie daher auch die Wissenschaft. Diese Fährten nun bilden den Ausgangspunkt von Meinungsverschiedenheiten unter den Naturforschern über den weiteren Entwicklungsgang des Menschen.

Die Mehrzahl folgt wohl heute noch der Wegweisung Haeckels. Ob der Mensch, wie Haeckel lehrt, einen Reptilienzustand durchgemacht hat und dadurch in die engere Verwandtschaft zu den

reihigen Drachen gerät, die einst die Erde erdröhnen ließen, den Schlamm aufwühlten und das Wasser mit ihren mächtigen Schwänzen haushoch aufspritzten, mag eine recht anregende Frage sein; aber wissenschaftlich ist sie verhältnismäßig belanglos. Denn jedenfalls hat sich der Menschenstamm schon sehr frühzeitig, als die Reptilien den Lurchen noch sehr nahe standen, von ihnen abgezweigt und über Formen, die den heutigen Schnabeltieren verwandt sind, zu deutlicherartigen und schließlich zu halbfaffenartigen Formen entwickelt.

Haeckel nimmt als die nächste Stufe einen echten Affenstamm an, in dem die plattnasigen Westaffen noch nicht von den schmalnasigen Ostaffen getrennt waren, der aber den späteren Westaffen näher stand. Es folgen die Vorfahren der heutigen Ostaffen. Aus diesen Vorfahren hat sich ein Stamm entwickelt, der sich später in den Affenmenschen auf der einen Seite und in die verbliebenen Menschenaffen (Gibbon, Gorilla, Orang-Utan und Schimpanse) auf der anderen Seite verzweigte. Aus dem Affenmenschen wurde schließlich der Mensch. Haeckel führt für seine Hypothese eine Reihe von anatomischen und keimesgeschichtlichen Beweisgründen an. Den stärksten aber erhebt er in einem Fund, den im Jahre 1901 der holländische Arzt Eugen Dubois auf Java machte. Er bestand in einer Hirnhöhle, einem Oberkiefer und in ein paar Backenzähnen, die einem Wesen angehört hatten, das zwischen Affe und Mensch stand. Pithecanthropus, zu deutsch: Affenmensch, nannte ihn daher sein Entdecker. Haeckel zweifelte um so weniger daran, hier eine Uebergangsform von der von ihm angenommenen Stammform des Menschen und der Menschenaffen zum vollendeten Menschen vor sich zu haben, als sich an den Knochen tatsächlich neben menschlichen Kennzeichen solche der Menschenaffen, insbesondere aber der Gibbons, nachweisen ließen.

Es sind ganz einfache Gesichtspunkte, von denen nun Hermann Klaatsch ausgeht, um mit einer völligen Umwälzung jener Ansichten über die Frage der Menschwerdung zu enden. Er trat mit seiner neuen Entwicklungstheorie bereits im Jahre 1899 hervor. Völlig ausgebaut und getränkt durch eine aus der pflanzlichen Entwicklung des Menschengeschlechts hervorgehende Entwicklungsgeschichte der Kultur, ist sie erst nach dem frühzeitigen, im Jahre 1916 erfolgten Tode des Forschers aus seinen nachgelassenen Schriften der Wissenschaft überliefert worden durch Adolf Hellsborn in dem Werke: Der Werdegang der Menschheit und die Entstehung der Kultur. (Deutsches Verlagshaus Song und Co., Berlin.)

Bisher war man der Meinung, der Mensch sei die letzte Stufe einer Entwicklung, zu der die anderen ihm im Leibesbau verwandten Säugetiere Vorstufen darstellen. Wenn dies der Fall wäre, so könnte Klaatsch, so müßte der Mensch aus ihnen ableitbar sein. Das gerade Gegenteil aber trifft zu, wenn man

die dem Menschen verwandten Formen daraufhin prüft. Das Affengebiß und die Affenhand lassen sich vom Menschengebiß und der Menschenhand ableiten, aber nicht umgekehrt. Das beweist auch die Entwicklungsgeschichte der Einzelwesen. Der Affenembryo und das junge Menschen gleich im Gebiß und insbesondere auch in der ganzen Schädelbildung viel mehr dem Menschen als der ausgewachsene Menschenaffe. Erst mit zunehmendem Alter wird das Gebiß raubtierartiger: starke Muskeln legen sich an die Kiefer an, geben dem Schädel eine tierischere Form und unterbinden damit auch die Gehirnentwicklung. Ähnlich verhält es sich mit der Hand. Die Affen haben auch einmal den den anderen Primaten gegenüberstellbaren Daumen gehabt, später hat er sich zurückgebildet und die Menschenhand, die erste Voraussetzung für jegliche Kulturentwicklung, ist in eine tierische Kletterhand verformt worden.

Am nächsten der Menschenhand steht die Hand der ausgestorbenen Chirotherien, der ältesten Landwirbeltiere. Und darum ist Klaatsch der Überzeugung, daß der Mensch nicht seinen Weg über irrenden Affenform genommen, sondern seinen Aufstieg unmittelbar anknüpfend an die ältesten Landwirbeltiere begonnen hat.

Wie aber erklärt sich dann die unzweifelbare Ähnlichkeit der Affen und insbesondere der Menschenaffen mit den Menschen? Sie haben sich, so lehrt Klaatsch, neben den Vorfahren der Menschen aus dem gemeinsamen Landwirbeltierstamm entwickelt. Eine Strophe, vielleicht die zu den halbfaffenartigen Formen, hat sie mit ihm aufwärts geschritten; dann aber sind sie, die einen früher, die anderen später, am spätesten die Menschenaffen, abgefallen und von der erklommenen Höhe wieder herabgestürzt. Das Herabfallen der Menschenaffen macht Klaatsch dadurch verständlich, daß er annimmt, sie seien in den Urwald gedrängt worden und hätten sich dort unter Verlust des Laumens zu Klettertieren entwickeln müssen. Die Affen sind also wohl Verwandte des Menschen, aber Verwandte, die sich durch einseitige Anpassung an eine erzwungene Lebensweise den Weg zum Weiteraufstieg für alle Zeiten versperrt, die sich in Sachverhalten erkannt haben, aus denen sie nicht mehr zurückkönnen. Was Gorillas oder Schimpansen, aus Orang-Utans oder Gibbons konnten sie nie mehr, und stünden ihnen Millionen Jahre und wüßten die günstigsten Lebensbedingungen zur Verfügung, Menschen könnten sie nicht mehr und damit auch, wie das ja bei solchen Dingen

Ob man sich für Klaatsch oder Haeckel entscheidet, das ist zunächst eine rein wissenschaftliche Angelegenheit. Aber in dem Kampfe gegen die Feinde der Entwicklungslehre, der auch heute noch nicht ganz ausgekämpft ist, kommt der Hypothese von Klaatsch noch eine besondere Bedeutung zu. Es war leicht, den Hoheit des Menschen gegen Haeckels Hypothese von der „Affenabstammung“ zu mobilisieren und damit auch, wie das ja bei solchen Dingen

Der Bankrott der Kommunisten

Vorkampf Stoeder-Geyer. — Die katastrophale Niederlage

Entgegen den allerdings greifbar schwindelhaften Behauptungen der „Roten Fahne“, daß der Zusammenbruch des kommunistischen Putzsch ohne Einwirkung auf die Organisation der K. A. P. D. geblieben sei, ja, daß der Putzsch die Partei, so namentlich in Mitteldeutschland, gefestigt habe, wurde auf dem Düsseldorf-Parteitag der K. A. P. D. für Rheinland-Westfalen von „berühmter Seite“ zugestanden, daß der Aufruhr und die Niederlage der Kommunisten „auf den besten Bezirk, Mitteldeutschland, katastrophal gewirkt hat“. Auch was Levi in seiner vierstündigen Besprechung geschrieben hat, über die Einwirkungen Moskaus auf die Politik der K. A. P. D. und über die Informierung der Moskauer Exekutive durch gewisse Hintermänner, die selbst der deutschen Parteileitung völlig unbekannt sind, wurde bestätigt, wie andererseits von der gleichen Seite aus angeführt wurde, daß die bakuninischen Tendenzen in der 3. Internationale immer stärker werden. Und diese Seite war Kurt Geyer, der erst kürzlich aus Moskau zurückgekehrt ist, wo er als Vertreter der K. A. P. D. längere Zeit verweilt hat.

Doch nicht nur Geyers Bekenntnis, das auf eine feierliche Solidaritätserklärung mit Levi hinausläuft, ist von allgemeinem Interesse für die Beurteilung der K. A. P. D. und der Moskauer Internationale, sondern interessant war auch, was Walter Stoeder als lehriger Hauptredner Moskaus und „anerkannter Führer“ der K. A. P. D. in Düsseldorf ausführte. „Als wir (d. h. die Zentrale der K. A. P. D.) am Donnerstag vor Ostern Stellung nahmen, waren alle, einschließlich der Genossen Geyer und Sievers, der Auffassung, daß zum Generallstreik aufgerufen werden müsse. Wir glaubten, 2 bis 3 Millionen in die Aktion hineinzulegen zu können. Wir haben uns getäuscht.“ Entschuldig hat vor allem die Berliner Organisation, aber Stoeder tröstet sich, „es werden Maßnahmen getroffen, damit eine Besserung eintritt. Auch die „Rote Fahne“ hat Fehler begangen.“ Andere Maßnahmen kündigt der Kleine folgendermaßen an:

„Levis Dolchstoß hätten wir ohne große Schwierigkeiten überwinden können, aber daß sich so namhafte Führer wie Clara Zetkin, Hoffmann, Braß und Geyer mit ihm solidarisiert haben, stellt die Partei vor eine äußerst ernste Situation. Auch gegen sie werden die Konsequenzen gezogen werden müssen.“

Auf Stoeder folgte Kurt Geyer. Er warf Stoeder und der Zentrale vor, daß diese „von der klaren Taktik abgewichen und zu einer solchen Übergangslösung ist, wie sie der K. A. P. D. eignet“. Und zum Beweise führt er an, daß im Zentralausschuß der Tag der Aktion vorher bestimmt wurde. „In der Nacht vom 17. zum 18. März legte die „Rote Fahne“ in einer Tonart los, die nicht la, sondern Stoeder als hysterisch bezeichnete... Es ist Tatsache, daß in der Nähe der kämpfenden Ransfelder Arbeiter auf der Straße Teufelsthal — Oberböblingen auf den Schächten gearbeitet worden ist. (Wohlgemerkt von den Kommunisten. D. Red.) Es ist ferner Tatsache, daß nicht einmal in Halle der Generallstreik durchgeführt werden konnte. Und wo blieb die Unterstützung im Rheinland, in Westfalen, in Süddeutschland.“

Nachdem Geyer diese „Sabotage der Bewegung“ durch die eigenen Parteigenossen, und zwar der Massen und nicht der Führer, konstatiert, wirft er der Zentrale der K. A. P. D. vor, daß sie, statt die verpöbteste Aktion abzubrechen, durch Provokationen die Stimmung für den Streik herbeiführen zu können glaubte. Und außerdem habe die Zentrale durch die Befehung und Stürmung der Betriebe eine Kluft zwischen Arbeitern und Arbeitlosen aufgerissen.

Und nunmehr kommt Geyer auf den Bakunismus und Sektiergeist in der Moskauer Internationale und in der K. A. P. D. zu sprechen. Er führte noch der kommunistischen Remisheider „Vollstimme“ herüber aus:

„Damit prüfen wir gleichzeitig die Frage, ob die Einstellung der neuen Zentrale geeignet ist, die Partei als revolutionären Vorkampf der proletarischen Massen zu führen. Ich will nicht verhehlen, daß in der Exekutive Strömungen vorhanden sind, die als zur Sekte hindrängend bezeichnet werden müssen. In der letzten Sitzung der Exekutive, an der ich teilnahm, gab der italienische Vertreter an: Wir haben in Italien eine Partei von 50 000 Mitgliedern, die genügt, um die proletarische Revolution durchzuführen. Das ist der beste Beweis

immer so ist, daß man das Rad mit dem Bode auszieht, gegen die Entwicklungslehre überhaupt. Klauisch hat mit den Ergebnissen seiner Forschung nicht nur der Wissenschaft bedeutsame Anregungen gegeben, sondern auch die Kriegslust jener Dunkelmänner durchkreuzt.“

100 000 Taler. Es ist nicht recht einzusehen, weshalb die altbekannte Pöbse von Kallisch, wenn auch in etwas modernisierter Form und Ausstattung, zur Neuauführung im Schillertheater gelangen mußte. Die Aufgabe allein, daß sie vor mehr als einem halben Jahrhundert im nachmärzlichen Berlin einen „Bombenerfolg“ hatte, ist noch kein genügender Grund für diese theatralische Ausgrabung. Selbst das Berliner Lokalfotografie und die stimmungsvolle Szenerie im dritten Akt konnten über den verlorenen Abend nicht hinwegtrösten. Feinlich wirkten zudem die recht saden Exkursionen auf das Gebiet der politischen Satire in den Einlagen des Herrn Alfred Braun. Die Szene des Schiller-Theaters sollte wirklich zu schade für derartige Geschmackslosigkeiten sein. Gespielt wurde recht flott, wenn auch der gesungene Teil etwas haperte. Der Beifall war recht stark, ein Beweis mehr für die Anpruchslosigkeit des Berliner Publikums.

Die Maifestaufführung der Volksbühne. Wie wir schon mitgeteilt haben, bringt die Volksbühne am 1. Mai, vormittags 11 Uhr, im Theater am Bülowplatz Kurt Eisners Drama „Die Götterprüfung“ in einer Sondervorstellung zur Aufführung. Auch für die Wiederholungen des Werkes ist die Form der Sondervorstellung gewählt. Man kann es nur von Herzen begrüßen, daß die Volksbühne zu diesem Versuch entschlossen hat. Eine Volksbühne hat ja nicht allein die Aufgabe, den Massen solide Hausmannstosst zu bieten, sie muß den Gedanken der Volksbühne auch schöpferisch erweitern. So wie wir in der Wirtschaft überall von einer reinen Konsumentenpolitik zu einer (das Massenbedürfnis erfüllenden) Produktionspolitik kommen müssen, so muß auch auf geistigem Gebiet eine Organisation wie die Volksbühne, schaffend für neue, veredelte Bedürfnisse arbeiten, mit Experimenten im besten Sinne des Wortes. Was liegt auch näher, als daß das Jahresthema des 1. Mai in der Volksbühne in irgendeiner Weise zur Ausgestaltung kommt. Eine solche Sonderveranstaltung hat mit Snobismus und Sensation nichts zu tun, denn erstens wird sie außerhalb des Spielplanes so oft wiederholt, als die Masse es wünscht, zweitens geht sie ja gerade aus einer bestimmten Eingetragtheit, aus der Einmaligkeit des Maifestes hervor.

Besonders schön erscheint es uns, daß die Volksbühne zu diesem Anlaß die von Eisner hinterlassene dramatische Dichtung, „Die Götterprüfung“, gewählt hat. Einzelne, wie der Versuch aussieht, diese weltpolitische Pöbse in 3 Akten auf die Bühne zu brin-

für die Verleugnung der Lage in Westeuropa, ein Bekenntnis zum Sektiergeist. Wir müssen ferner offen aussprechen, daß die Exekutive über die Verhältnisse in Deutschland und in Westeuropa überhaupt nicht genügend orientiert ist. Die Hauptinformation geschieht nicht durch die Zentrale der westeuropäischen Sektionen, sondern fließt durch andere Kanäle. Der Redner führt Beispiele völlig entstellter Informationen der Exekutive durch den Vertreter des Exekutivkomitees in Deutschland an. Gestützt auf solche Informationen, wurde ein Generallstreik gegen die K. A. P. D. begonnen. In dieser Informationsmethode, die auch durch Personen erfolgt, von denen die offiziellen Parteileisten nichts wissen, liegt eine große Gefahr, nämlich die, daß die Tätigkeit dieser Personen auch in die Tiefe der Parteioorganisationen geht, daß den Parteileitungen auch die Führung entgleitet.“

Am 1. Mai erfüllt jeder Genosse eine Ehrenpflicht und wirbt für seine Freiheit

Es kam dann Geyers Bekenntnis, daß die Niederlage auf die beste Organisation, Mitteldeutschland, katastrophal gewirkt hat, und daß er (Geyer) mit Levi vollständig einverstanden sei.

Der Standpunkt Geyers wurde zwar von dem Bezirksparteiitag der K. A. P. D. Rheinland-Westfalens verworfen, der Ausschluß Levis sowie die Haltung der Zentrale im allgemeinen gebilligt, aber der tiefe Riß innerhalb der K. A. P. D. kann durch solche Beschlüsse nicht verheiligt werden. Vielmehr ist der Verlauf des Bezirksparteitages geeignet, Sprengpulver für die kommunistische Bewegung zu sein und zur Katastrophe für die K. A. P. D. in Rheinland-Westfalen zu werden. Beweise hierfür liegen bereits vor.

Deutschnationale Stoßtrupp

Die Arbeitsgemeinschaften der früheren Freikorps betreiben gegenwärtig wieder eine sehr lebhaft propagandistische Arbeit. Aherall werden Leute, und zwar in der Hauptsache frühere Soldaten, angeworben, teilweise auch durch Inserate in der monarchistischen Presse geschildert. Ein Berliner Arbeiter, der sich auf ein Inserat im „Lokalanzeiger“ um eine Landarbeiterstelle bewarb, bekam am 1. Mai ein Schreiben, in dem er aufgefordert wurde, ein längeres Schreiben, welches die Bedingungen des Eintritts enthielt. Die Bedingungen verlangten zuerst den Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft (Vorkämpfer!). Dann heißt es:

Sie müssen jede vorkommende landwirtschaftliche Arbeit nach Anordnung ihres Arbeitgebers verrichten. Sämtliche Anordnungen des Arbeitgebers und seiner Aufsichtsorgane hinsichtlich der zu leistenden Arbeit, sowie sämtlichen Anordnungen ihrer Führer von Seiten der Arbeitsgemeinschaft haben Sie sich widerspruchslos zu fügen. Politisch und wirtschaftlich müssen Sie auf nationaler Grundlage eingestellt sein und dürfen internationale Beziehungen weder durch Zugehörigkeit zu einer Partei mit solchen Grundrissen, noch irgendwie anders tätigen. Sie müssen sich restlos hinter ihre Führer innerhalb der Arbeitsgemeinschaft stellen und ihnen in jeder Angelegenheit unbedingtes Vertrauen entgegenbringen. Sie müssen mit mehreren Kameraden zusammenwohnen und müssen die Kameraden im nationalen Sinne und im Sinne der Arbeitsgemeinschaft günstig beeinflussen.

gen; hier liegt eine Aufgabe vor, die man nicht allein „dramaturgisch“ betrachten darf. Unzähligen ist Eisner der teuerste Name der deutschen Revolution. Niemals vor ihm hat Deutschland einen Mann von solcher Reinheit des Willens als politischen Führer an einer Machtposition gesehen. Und keiner würde so wie er um der Wahrheit, um der Menschheit, um der Liebe willen getötet. Denn man hätte ihn nur, weil der neue Geist aus ihm sprach, so schön wie niemals vorher und nachher im offiziellen Deutschland.

Sein dramatisches Werk auf der Bühne zu sehen, wird sicher vielen ein Bedürfnis sein. Wer sonst als die Volksbühne dürfte es vermitteln, reinen Geistes, ohne jede Abhängigkeit von Sensation. Hoffen wir, daß der Erfolg das schöne Unternehmen belohnen wird, ein Unternehmen, das allerdings in sich selbst allen Lohn und Erfolg im Voraus trägt.

Japanisches Märchen. Ein Frosch aus Aoto wollte seine Kenntnisse erweitern und machte sich daher auf die Reise nach Osaka. Auf halbem Wege liegt ein Hügel mit Namen Tenno-san. Hier begegnete ihm ein Frosch aus Osaka, der gleichfalls das Bedürfnis gehabt hatte, weislicher zu werden, und deshalb nach der berühmten alten Hauptstadt Aoto hüpfte. Sie hielten sich nun beide auf die Hüpfen, um so von dem Hügel aus das Ziel ihrer Sehnsucht besser zu sehen. „Ich sehe Osaka“, sagte der Aoto-Frosch, und „ich sehe Aoto“, sagte der Osaka-Frosch, „aber“, fügte letzterer hinzu, „Osaka sieht so genau so aus wie Aoto“, und der letztere stellte fest, daß Aoto genau so aussähe wie Osaka. Sie hielten eine weitere Wanderung daher für unnötig, und jeder machte kehrt und hüpfte in seine Heimatstadt zurück. Beide Frosche hatten nicht bedacht, daß sie die Augen an der Rückseite ihres Kopfes hatten, und daß sie daher in umgekehrter Richtung nur das Sähen, was hinter ihnen lag. — Diese Geschichte wird im japanischen Schulunterricht verwendet. Sie soll den Kindern klarmachen, was für bedenkliche Folgen es haben kann, wenn dumme Wesen nur noch dem Schein urteilen und danach Entschlüsse fassen.

Tagess-Notizen

Kaiserliche Kasse der H. C. F. S. Wilmersdorf: 1. Mai, 7 Uhr, in der Oberrealschule am Hohenbergpark. Redner: Fritz Stillingger. Rührende Mitteilungen: Die Wessels-Veranstaltung des Volksbühne, Franz Reiff (Kritik), Selma Teas, Stillingger (Ged.), Dr. C. Zell (Kritik). Karten zu 2 Mk. bei den Funktionären und Uberschläge.

Wilmersdorf, am 1. Mai, 7 1/2 Uhr, im Hofball des Gymnasiums, Kasse: 2 Mk., Konfakend mit Uhr, Karier, Gels, Gelang, Redner: Dr. Brückner, 21. Karten zu 2 Mk. bei den Funktionären.

Am der Volksbühne Groß-Berlin beginnen Sonnabend nachstehende Kurse: Kasse: 2 Mk., Konfakend mit Uhr, Karier, Gels, Gelang, Redner: Dr. Brückner, 21. Karten zu 2 Mk. bei den Funktionären.

Am 1. Mai, 7 1/2 Uhr, im Hofball des Gymnasiums, Kasse: 2 Mk., Konfakend mit Uhr, Karier, Gels, Gelang, Redner: Dr. Brückner, 21. Karten zu 2 Mk. bei den Funktionären.

Am 1. Mai, 7 1/2 Uhr, im Hofball des Gymnasiums, Kasse: 2 Mk., Konfakend mit Uhr, Karier, Gels, Gelang, Redner: Dr. Brückner, 21. Karten zu 2 Mk. bei den Funktionären.

Die Angeworbenen müssen bei ihrer Einstellung einen Verpflichtungsschein unterschreiben, in dem die Anstellungsbedingungen aufgeführt sind. In Papieren sind der Arbeitsgemeinschaft vorzulegen: Ein Geburtszeugnis, ein polizeiliches Führungszeugnis, die Militärpapiere und eine Bescheinigung von glaubwürdiger Seite über die bisherige politische Betätigung. Verheiratete und Personen über 35 Jahre werden nicht eingestellt. Der letzten Einstellung geht eine vierwöchentliche Probezeit voraus. Während dieser Zeit kann jeder kündigt werden und ohne Angabe des Kündigungsgrundes entlassen werden. Der Eingestellte ist jedoch an eine vierzehntägige Kündigungsfrist gebunden. Wenn nach Ablauf der Probezeit die feste Einstellung erfolgt ist, wird bei freier Station täglich 14 Mark Lohn versprochen. 20 Mark sind monatlich als Beitrag an die Arbeitsgemeinschaft abzuführen. Bei „eigenmächtigem“ Verlassen der Arbeitsstelle hat der Eingestellte 300 M. Strafe zu bezahlen.

Das Schreiben schließt: „Die gestellten Bedingungen erscheinen vielleicht zu streng, sie sind aber für ordentliche Leute leicht einzuhalten, für schlechte Elemente allerdings nicht, aber auf die lege ich keinen Wert.“ Das Schreiben trägt die Unterschrift Dieckhoff, Königl. Oberleutnant. Es geht von der Arbeitsgemeinschaft Kossach, Gau Hubertus aus. Die Anstellungsbedingungen der Arbeitsgemeinschaft ergeben also das folgende: Die Arbeitsgemeinschaften sind deutschnationale Stoßtrupps. Es werden in der Hauptsache nur Soldaten in sie aufgenommen, ohne deutschnationale Gesinnung und Verpflichtung zur deutschnationalen Propaganda ist kein Eintritt möglich. Die Agrarier wollen sich somit auf dem Lande einen zuverlässigen Stamm von Leuten zulegen. Da die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert sein dürfen, so haben wir es bei ihnen, rein wirtschaftlich gesehen, mit Gelben zu tun, die jede Lohnbewegung der Landarbeiter unmöglich machen wollen. Politisch betrachtet sind die Arbeitsgemeinschaften aber nichts weiter als versteckte Freikorps. Bei einem Monarchistenputz werden sie als militärische Formationen aktiv auf den Plan treten.

Neue Zusammenstöße in Italien

II. Rom, 29. April.
Faschisten haben in Mailand das Volkshaus in Brand gesteckt, um den Tod eines der ihrigen zu rächen, der von Kommunisten ermordet worden war. Am Dienstag früh ist darauf der allgemeine Streik verkündet worden. Die Arbeiter befehligten die Fabriken, woraus sie von der Polizei wieder vertrieben wurden. In Palermo und an anderen Provinzplätzen gab es bei Zusammenstößen Tote und Verwundete.

Groß-Berlin

Um die Bestätigung der Bezirksämter

Im Verwaltungsbezirk 8, Spandau, nahm am Mittwoch der Oberbürgermeister Bach die Einführung des Bürgermeisters Sitte vor. (Die sozialistischen Parteien beantragten diese Gelegenheit, um gegen die durch Verrat zustande gekommene Wahl zu demonstrieren und verließen während der Einführung den Saal.)
Oberbürgermeister Koch nahm in seiner Einführungsrede Stellung gegen die „Los von Berlin“-Bewegung und wies nach, daß Berlin, das einen Kampf um sein Dasein führt, wohl sinnesfähig ist, man soll aber das Vertrauen nicht untergraben. — Bürgermeister Sitte lag in seiner Antiratsrede, daß er Vertrauen zu Groß-Berlin hat, nur solle man nicht eine allzu starke Zentralisation einführen, sondern den Bezirken eine gewisse Selbstständigkeit lassen. — Er nahm dann die Einführung der beständigen Stadträte, des Schulrats Kramm und der unbesoldeten Stadträte Kramm und Fahrenhorst (Bürgerl.), sowie Walter (S. P. D.) und Bollmann (S. P. D.) vor.

Die Versammlung trat dann in eine Aussprache über die Nichtbestätigung der beabsichtigten Stadträte ein, die sich ziemlich erregt gestaltete. Für unsere Fraktion erklärte Genosse Dahle, daß der Oberpräsident bei der Vornahme dieser Bestätigung recht einseitig verfahren sei, denn sonst hätte er, wo er auf der einen Seite den Einführungen der bürgerlichen Parteien willig sein dürfe, auf der anderen Seite dem zweifellos berechtigten Protest der Sozialisten gegen den Bürgermeister Schritt entgegenbringen müssen. Die Aussprache wurde sehr ausgedehnt und teilweise sehr heftig.

Die Wahl des stellvertretenden Bürgermeisters sollte eine Ueberraschung bringen. Von unserer Fraktion war der Genosse Dr. Herz-Altona in Vorschlag gebracht. Die Deutschnationalen benutzten diese Gelegenheit zu einem Versuch, den sozialistischen Blod zu sprengen, und schlugen, in Anerkennung seines Fleißes und seiner Verdienste um die Stadtgemeinde Spandau, den bisherigen zweiten Bürgermeister Stahl vor. — Ein Sozialdemokrat als Kandidat der Deutschnationalen! — (August Bebel sagt: Wenn mich meine Gegner loben, habe ich zweifellos Dummheiten gemacht!) — Den Deutschnationalen gelang ihre Trick nicht. Unser Kandidat, Dr. Herz, wurde mit 24 gegen 21 Stimmen gewählt.

Kollegen! Eisenbahner!

Die Stadtbahn verkehrt am 1. Mai ebenfalls nicht.

Die gesamten Verkehrs- und Transportbediensten Groß-Berlins haben beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Wir als Eisenbahner Groß-Berlins wollen darin ebenfalls nicht zurückbleiben. Es gilt der Reaktion zu zeigen, daß die Arbeiterschaft trotz ihrer politischen Zersplitterung dennoch einmütig in dem Gedanken ist, für das große Ziel des Sozialismus und der Völkervereinigung zu demonstrieren. Das Reichsverkehrsministerium hat unsere entgegenkommenden Vorstöße, nach Fahrplan V zu fahren, abgelehnt und eine Prinzipienfrage daraus gemacht. Im Einverständnis mit dem Hauptvorstand unseres Verbandes fordern wir Euch auf, den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr Berlins zu begehen.

Darum, Eisenbahner, auf zur Kaiserzeit!
Lebensmittelpöbse und Fernzüge haben zu verkehren!
Die Ortsverwaltung Groß-Berlin.
Bezirksleitung Berlin des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.

Die Beleidigungsklage General Nollets

General Nollet hatte als Chef der Entente-Kommission gegen den Gouverneur v. Pagenhoff Strafantrag gestellt, weil dieser den bürgerlichen Chauffeur Smet beleidigt haben sollte. v. P. hatte sich über das rasende Tempo erregt, in dem die Entente-Chauffeurs zu fahren pflegten und wodurch er zweimal fast zu Schaden gekommen wäre. Er glaubte, er Smet einen dieser Chauffeurs zu erblicken, und apostrophierte ihn vor dem Hotel Continental in drallscher Weise.
Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte fernerzeit auf Freisprechung erkannt, weil der Strafantrag des General Nollet in französischer Sprache abgefaßt war, die Gerichtsprotokolle aber deutsch sei. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein. Vor der Strafkammer bestritt N. A. Bahn die Vorgefährdung des General Nollet und beantragte es auch als bedauerlich, daß der Staatsanwalt wegen Beleidigung eines Belgiers gegen einen verdienten,

